

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

## früher Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau u. Rüssen.  
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 133.

Veranschlagung  
Nr. 7

51. Jahrgang.  
Dienstag, den 11. Juni

Telegrammadresse:  
Tageblatt.

1901.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtagen) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfennige. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postämter, Postboten, sowie die Ausdräger entgegen. — Inserate werden bei vorgelegtem Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.

Im „Amtlichen Teil“ wird die zweispaltige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die 4gespaltene Zeile 15 Pfennig.

### Zu den schwebenden Zoll- und finanzpolitischen Plänen im Reich.

Die etwaigen Ergebnisse der zweitägigen zollpolitischen Ministerkonferenz in Berlin bilden vorerst noch das treulich gehütete Geheimnis der Teilnehmer derselben, es läßt sich demnach einstweilen nicht beurteilen, ob der vom Reichskanzler Grafen Bülow verkündigte Hauptzweck der Konferenz, ein Einverständnis über die wesentlichsten Punkte der angestrebten Zolltarifreform herbeizuführen, auch erreicht worden ist. Will man allerdings die Andeutungen in der Schlussrede des Kanzlers ernst nehmen, so darf man doch vielleicht der Vermutung Raum geben, daß jetzt in Berlin tatsächlich die Grundlagen vereinbart worden sind, auf denen sich das große Werk des neuen deutschen Zolltarifs aufbauen soll, welches seinerseits wiederum die Basis für die Verhandlungen mit den Auslandsstaaten über die künftigen Handelsverträge Deutschlands abzugeben hätte. Zeit wenigstens wäre es in der That, daß endlich die bisherige sozusagen hinter den Coulissen spielende zollpolitische Aktion ein beschleunigteres Tempo einschlägt, da doch der Reichstag in seiner nächsten Winteression unter allen Umständen mit dem Entwurf des anderweitigen Zolltarifs befaßt werden muß. War ja die Meinung ziemlich allgemein verbreitet gewesen, daß dieser Entwurf dem Reichsparlament in seiner am 16. Mai abgebrochenen Tagung, wenigstens zum Ansehen zugehen würde, nun stellt es sich freilich heraus, daß die Zolltarifvorlage noch lange nicht die vorberatenden Stadien durchlaufen hat. Um so dringender muß daher gewünscht werden, daß die soeben in der Reichshauptstadt stattgefundene Ministerkonferenz einen entschiedenen Schritt nach vorwärts in der ganzen Sache bedeuten und daß sich an dieses Ereignis eine kräftigere Betreibung der Vorbereitungen zum künftigen Zolltarif und zur eventuellen Erneuerung der Handelsverträge des Reiches anknüpfen möge. Es sind sowieso noch gar mancherlei und erhebliche Schwierigkeiten in den ferneren Stadien der Frage der Revision der deutschen Zollgesetzgebung zu überwinden, darum erscheint es eigentlich selbstverständlich, daß jetzt die Reichsregierung vor allem dahin strebt, mit den größeren Einzelregierungen zu der notwendigen Verständigung über die Vorbedingungen der Zollrevision und der künftigen Handelspolitik des Reiches zu gelangen.

Den zollpolitischen Beratungen der soeben in Berlin versammelt gewesenen einzelstaatlichen Minister und Reichsstaatssekretäre ist dann auf dem Fuße auch eine finanzpolitische Erörterung nachgefolgt, die am vormittag des 6. Juni wiederum unter dem Vorsitze des Grafen Bülow abgehalten wurde. Letztere Besprechung, an welcher neben dem Kanzler noch der Schatzsekretär Freiherr v. Tschelmann und der Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky, sowie die Finanzminister der sechs größten deutschen Bundesstaaten teilnahmen, galt laut Versicherung der offiziellen „Nordb. Allg. Ztg.“ der finanziellen Lage des Reiches und ihren Rückwirkungen auf die Finanzen der Einzelstaaten, jedoch hat man auch über den Verlauf dieser letzteren Ministerverhandlungen noch nichts Authentisches erfahren. Leider scheint es aber beinahe, als ob dieselben keineswegs bestimmt gewesen sind, das ebenfalls seit längerer Zeit schon schwebende Projekt einer gründlichen Reform der Reichsfinanzen endlich seiner Verwirklichung etwas näher zu führen. Die offiziellen „Berl. Polit. Nachr.“ bringen eine zweifello auf die stattgehabten finanzpolitischen Besprechungen in Berlin bezugnehmende längere Auseinandersetzung über das Thema einer Reichs-

finanzreform, aus welcher Darlegung sich entnehmen läßt, daß einstweilen lediglich eine feste Ordnung der finanziellen Beziehungen der Bundesstaaten zum Reich bezweckt werden soll. Sicherlich thut eine solche Regulierung Not, aber ebenso gewiß ist es, daß sich eine umfassende Neugestaltung des Reichsfinanzwesens nicht mehr lange aufschieben lassen wird, sollen nicht die Grundlagen der Reichsfinanzverwaltung völlig erschüttert werden. Mit den schwankenden Zolleinnahmen des Reiches ist's nicht allein gethan, es müssen früher oder später feste neue Reichssteuern hinzutreten, mag gleich der erwähnte Artikel in den „Berl. Polit. Nachr.“ mit der Versicherung schließen, die verbündeten Regierungen beschäftigen sich zur Zeit nicht mit neuen Steuerplänen.

### Politische Tages-Rundschau.

#### Deutsches Reich.

\* Das preussische Kriegsministerium hatte gegen den sozialdemokratischen württembergischen Landtagsabgeordneten Schmidt, Redakteur des Stuttgarter „Beobachter“, Strafantrag wegen eines Artikels im „Beobachter“ über das Verhalten der deutschen Truppen in China gestellt. Von der Geschäftskommission der württembergischen Abgeordnetenkammer ist indessen die erforderliche Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Schmidt nicht erteilt worden.

\* In Preußen sind die Polizeibehörden angewiesen worden, die Schauspielunternehmer und etwa in Betracht kommende Vereine darauf aufmerksam zu machen, daß Ausnahmen von dem Grundsatze, wonach öffentliche Darstellungen aus der biblischen Geschichte des alten und neuen Testaments in der Regel nicht zu gestatten sind, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Minister zugelassen werden können. Danach wären eine Menge Schauspiele und Opern nur nach ausdrücklicher ministerieller Genehmigung ausführbar. Die Verfügung ist nicht recht verständlich. Warum soll die ohnehin überflüssige Theaterzensur noch mit einer kleinen Ueberzensur verschönert werden? Noch eine andere auffällige Verfügung ist ergangen. Fortan sollen laut Ministerialverfügung die Volksschullehrer im Geschichtsunterricht nur solche Materialien behandeln, die den konfessionellen Minderheiten in keiner Weise Anstoß geben, und die Besprechung aller geschichtlichen Persönlichkeiten, wie sie in Luther, Gustav Adolf, den Päpsten vor unser Auge treten, in den Religionsunterricht verlegen. Die gute Absicht des Ministers in Ehren. Wir freuen uns über jeden Beitrag zur Erhaltung des religiösen Friedens, aber wie soll ein Unterricht in deutscher Geschichte möglich sein, ohne z. B. die Kämpfe zwischen Papst und Kaiser zu beleuchten? Die Römlinge begrüßen den Erlaß mit Jubel. Von ihrer Seite ist schon gefordert worden, auch den Großen Kurfürst in den Religionsunterricht zu verweisen, weil er ein menschliches Herz für seine aus Heimat und Besitz vertriebenen Glaubensgenossen gehabt hat. Ihm wird dann auch der Freiender Friedrich der Große folgen und der Liebhaber des deutschen Volkes, Wilhelm I., der Freimaurer war und einmal bei einer Gelegenheit dem Papste ernste deutsche Worte gesagt hat.

#### Spanien.

\* In Barcelona fiel während der Fronleichnam-Procession von einem Fenster brennendes Papier herab, das Publikum glaubte, es sei eine Bombe. Es entstand eine furchtbare Panik, hunderte wurden verwundet, einige schwer.

#### Türkei.

\* Vom Sultan an erhaltene Wiener Blätter Schauergerichten. Am Montag war der Arzt

Regib Bei damit beschäftigt, den Sultan im Geficht zu massieren; plötzlich habe der Sultan gedacht, der Arzt wolle ihn erwürgen, zog den Revolver und feuerte mehrere Schüsse auf Regib ab, der getroffen zusammenstürzte. Nach anderer Lesart hatte Regib dem Sultan ein totbringendes Medikament verschrieben, weshalb der Sultan ihn erschoss. Auch der herbeigeeilte Wächter, den der Sultan für einen Genossen Regibs hielt, wurde erschossen.

#### Frankreich.

\* Nach Behauptungen Pariser Blätter würden die Großmächte einem Protektorat Frankreichs über Marokko nicht abgeneigt sein. Das hieße aber in Marokko den Bod zum Gärtner machen; vermutlich hat man es hierin nur mit einem frommen Wunsche der Franzosen zu thun.

#### England.

\* Nochmals ist jetzt im englischen Unterhause regierungsseitig die Erklärung abgegeben worden, daß es die englische Regierung durchaus ablehnen müßte, in irgendwelche Verhandlungen über die Unabhängigkeit der Oranienstaaten einzutreten, durch Kriegsminister Brodrick in der Freitagssitzung des Hauses. Vermutlich würde den Buren im Falle ihrer freiwilligen Unterwerfung nicht einmal jene Art von Selbstverwaltung zugestanden werden, wie sie Kanada und Australien besitzen, denn in der nämlichen Unterhausitzung erwiderte Chamberlain auf eine bezügliche Anfrage Labouchere's, es würde den Buren wenigstens jetzt eine solche bedingte Unabhängigkeit ganz gewiß nicht zugestanden werden. Demnach bleibt den freiheitsstolzen Buren nichts übrig, als weiterzukämpfen.

#### Südafrika.

\* Da Kitchener die Buren nicht zu fassen vermag, sucht er sie dadurch zum Nachgeben zu zwingen, daß er ihre Frauen und Löcher dem bittersten Elend preisgibt. In den Frauenlagern bei Pretoria, Kapstadt usw. stehen die unglücklichen, in Lumpen gekleideten, halb verhungerten Wesen unter der Aufsicht von Unteroffizieren und Gemeinen und schwarzen Polizisten. Wie es bei diesem Zwangsverkehr zugeht, kann man sich denken. Und wer vor den Unglücklichen der Bitter der Kaffern entgehen sollte, wird durch die Gewalt des Hungers der Schande in die Arme getrieben. So schreibt ein englischer Offizier aus Pretoria: „Einige gingen in Kaffernhütten, um bei ihren früheren Dienstherrn zu betteln. Andere kamen zu den Lagern und flehten um Nahrung. Wenn Frauen von den Wohlthätigkeiten eines Lagerlebens abhängen müssen, so ist es überflüssig, zu beschreiben, in welche Abgründe von Schande die Not sie treibt. Andere von besseren Verhältnissen, Frauen von reichen Farmern, hatten Geld und verließen Pretoria in der Gewißheit, ohne ernsthafte Entbehrung leben zu können, bis ihre Männer oder Väter zurückkämen; allein sie hatten nicht mit dem englischen Militärgouverneur von Pretoria gerechnet. Es war Befehl ergangen, ihnen das Verlassen ihrer Farmen ohne Pässe zu verbieten, und Pässe nach Pretoria waren unter sagt. Es herrscht augenscheinlich die Absicht, die Männer zur Uebergabe zu zwingen, daß man die Frauen verhungern läßt! Und was nun diese armen Geschöpfe betrifft, die allein in der verwüsteten Oede des Feldes, in den Ruinen ihrer Farmen Unterkunft suchen müssen, den wilden Stämmen der Nachbarschaft schutzlos preisgegeben, so ist es vielleicht am besten, den Mantel des Schweigens über die herzerweichenden Tragödien der Einsamkeit zu breiten.“ Wie soll das noch enden? Wir lassen wieder den eben zitierten Engländer zu Worte kommen: „Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß der Krieg

Lichtenstein-Gallberg.

z.

se

hn, große  
zeit ent-  
ielplatz für  
ie.  
Küche.  
eine.  
ger.

saal, sowie  
Kinderpiel-  
risten, Aus-

Kaufe.  
eige gebeten.

in.

er Nähe

warme

E. Bahn-  
station.  
halbe gelegen.  
rauben, Tanz-  
gute Plätze u.  
schaften, Ver-  
rechsel.

hätiger  
anstoß.

schaften,  
ien  
l  
gel.

Saal und  
Stuhlpompe.

1851